



Am Rande der Gesellschaft:

Armut ist ein existenzielles Problem!

ARMUTSKONFERENZ DER LANDESREGIERUNG

NRW sucht neue Lösungen im Kampf gegen Armut

Nordrhein-Westfalen strebt einen Neustart bei der Armutsbekämpfung an. Armut ist mehr als ein Mangel an Geld, sagte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) Mitte Dezember in Essen. Betroffene wie Arbeitslose, Obdachlose, Alleinerziehende, Kinder in armen Familien, Menschen mit geringen Renten und Flüchtlinge aus der Ukraine litten auch an einer fehlenden Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wüst äußerte sich zum Auftakt der Konferenz gegen Armut mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Kommunen, Sozialverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Akteure sollen auch über das Treffen hinaus mit der Landesregierung Lösungsansätze gegen Armut entwickeln. Wüst verwies auf die aktuell stark gestiegenen Preise besonders im Bereich von Energie und Lebensmitteln. Dadurch gerieten arme Menschen besonders unter Druck und bräuchten Hilfe.

Die Landesregierung stelle aus dem Sondervermögen zur Krisenbewältigung 150 Millionen Euro zur Verfügung, etwa um Tafeln zu unterstützen und die Beratung für verschuldete Menschen zu stärken. Mit 60 Millionen Euro werde Kitas geholfen, um deren gestiegene Energiekosten aufzufangen und Schließungen zu vermeiden. Es brauche aber weitere Maßnahmen gegen Armut.

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) sagte, das Problem Armut lasse sich nur angehen, wenn alle staatlichen Ebenen - Kommunen, Länder und Bund - sowie

viele gesellschaftliche Akteure zusammenwirkten. In NRW sei die Armutsquote gesunken, dann sei Corona gekommen. Jetzt seien wieder drei Millionen Menschen und damit etwa 18 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen. Der Energiekrieg Putins verschärfe die Situation. Das untere Viertel der Einkommensbezieher müsse zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Die Inflation sei der Taschendieb der kleinen Leute, zitierte Laumann den früheren Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU).

Verpasste Chance

Als „verpasste Chance“ bewertete hingegen Michaela Hofmann, Armutsexpertin beim Diözesan-Caritasverband Köln, die Konferenz gegen Armut. Hofmann wies darauf hin, dass schnell und einfach umsetzbare Maßnahmen wie die vollkommene Lernmittelfreiheit, kostenloses Frühstück und Mittagessen in allen Kitas und Schulen oder auch die Übernahme von Mietkosten und Nachzahlungen für Strom und Nebenkosten auf Darlehnsbasis nötig seien. Auch ein bezahlbares Sozialticket sei wichtig, unterstrich sie.

Der Diözesan-Caritasverband Köln hatte schon im vergangenen Herbst ein 29-Euro-Ticket für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, gefordert. „Mobilität ist ein Schlüssel zur Teilhabe in unserer Gesellschaft“, so Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel. Wie wichtig ein günstiges Nahverkehrsticket für diese Menschen sei, habe das 9-Euro-Ticket gezeigt.

„Mal zu Freunden, zum Arzt oder auch zum Jobcenter - das ist das Mindeste, was Land und Bund den Menschen mit sehr wenig Geld ermöglichen müssen.“ Es habe sich herausgestellt: „Ein bezahlbares Ticket für Bus und Bahn ist ein sofort wirksamer Schritt gegen die soziale Ausgrenzung“, betonte Hensel.

Für Verkehr sind derzeit im Regelsatz 45,02 Euro angesetzt, das reicht nicht einmal für das geplante 49-Euro-Ticket. ◀

M. L. (MIT KNA)



AUSGABE JANUAR 2023

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

caritas-nrw.de/nachrichten

facebook.de/caritas_in_NRW

redaktion@caritas-nrw.de

EIGENE STANDESVERTRETUNG


Pflegekammer startet

Die rund 200 000 Pflegekräfte in Nordrhein-Westfalen haben künftig eine eigene Interessenvertretung. Die Landespflegerkammer NRW nahm nach zweijähriger Vorbereitungszeit in Düsseldorf ihre Arbeit auf. Ähnlich den Ärzte-, Handwerks- und Rechtsanwaltskammern soll sie die Belange professioneller Pflegekräfte organisieren. Dazu gehört es unter anderem, berufliche Standards festzulegen und Interessen gegenüber Politik, Gesundheitswesen und Gesellschaft zu vertreten. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die Pflegekräfte ihre Belange selbstständig regeln und Pflegekammern gründen.

Auf seine Initiative hin hat das Land die Finanzierung der Kammer bis 2027 zugesichert und eine Anschubfinanzierung von knapp 32 Millionen Euro zugesagt.

Pflegekammern sind umstritten, da alle professionell Pflegenden Pflichtmitglieder werden und Beiträge zahlen müssen. Ob und in welcher Höhe in NRW Beiträge erhoben werden, entscheidet demnächst die Kammerversammlung. Zu den Kritikern gehört auch der Bund der Steuerzahler, der die Anschubfinanzierung durch das Land als skandalöses Millionengrab bezeichnete.

Die Gewerkschaft Verdi forderte eine Urabstimmung unter den Pflegekräften, weil die Kammer sonst nicht ausreichend legitimiert sei. 2018 hatte die Landesregierung eine Befragung von rund 1500 Pflegekräften in Auftrag gegeben. 79 Prozent sprachen sich für eine Kammer aus.

In Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten sich die Pflegenden bei Mitgliederbefragungen gegen den Fortbestand der bereits bestehenden Kammern ausgesprochen. Derzeit arbeiten nur eine Pflegekammer in Rheinland-Pfalz sowie die Pflegekammer des Bundes. 

(KNA)

Krankenhäuser in existenzieller Notlage

Die zum Jahresende vom Deutschen Krankenhausinstitut (DKI) veröffentlichten Ergebnisse des Krankenhaus-Barometers 2022 zeichnen ein sehr bedrückendes und ernstes Bild von der Situation der Krankenhäuser. *Pandemiefolgen, Finanznot, Fachkräftemangel und Bürokratie – allesamt Stichwörter für schwierige Startbedingungen im neuen Jahr 2023.*

Trotz der durch den Bund Mitte Dezember 2022 zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in Höhe von insgesamt sechs Milliarden Euro befinden sich die Krankenhäuser weiterhin im Krisenmodus. Zwar kann der ab 2023 gewährte Ausgleich der direkten und indirekten Energiekosten kurzfristig eine wichtige Teillastung bringen, dennoch reichen diese Mittel bei Weitem nicht aus. Laut den Ergebnissen des DKI-Krankenhaus-Barometers 2022, einer jährlich durchgeführten Repräsentativbefragung deutscher Krankenhäuser zu aktuellen gesundheits- und krankenhauspolitischen Themen, kann nur noch eins von fünf Krankenhäusern das laufende Jahr mit einem positiven Ergebnis abschließen.

Die Kliniken befinden sich in einer kritischen wirtschaftlichen Situation, die sich schnell zu einer unkontrollierten Abwärtsspirale weiterentwickeln kann. Damit keine Krankenhäuser durch Insolvenzen unkontrolliert wegfallen, die für die Daseinsvorsorge unverzichtbar sind, muss die Bundesregierung jetzt handeln und einen umfassenden Inflationsausgleich verabschieden.


Reform muss Finanzierungslücken schließen

Die Anfang Dezember vorgestellten Vorschläge des Bundes zu einer Reform der Krankenhäuser, Kliniken nicht länger ausschließlich über Fallpauschalen zu finanzieren, sondern über eine von der Zahl der Patienten und von medizinischen Eingriffen unabhängigen Grundfinanzierung zu sichern, sind grundsätzlich zu begrüßen. Gleichzeitig muss jetzt gehandelt werden, um den Kliniken schnellstmöglich eine auskömmliche Finanzierung zuteilwerden zu lassen. Nur so kann eine Befreiung aus dem vom DRG-System angetriebenen Hamsterrad erfolgen und eine kalte Strukturereinigung verhindert werden. Für die


geplante Krankenhausreform auf Bundesebene sind ein guter Austausch zwischen Bund und Ländern sowie die Einbindung aller betreffenden Akteure in den Reformprozess erforderlich: Kliniken in ihrer vielfältigen Trägerschaft, Krankenhausgesellschaften, Krankenkassen und auch der ambulante Sektor als Schnittstelle. In jedem Fall ist es notwendig, dass die Hoheit der Krankenhausplanung eine Aufgabe der Länder bleibt, damit eine sichere wohnortnahe Versorgung für alle Menschen gewährleistet wird.

Die neue Krankenhausplanung in NRW, dessen Planungssystem bundesweit bisher einmalig ist, kann für den Reformprozess als Ansatz dienen, eine gut erreichbare und qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte sowie patientenorientierte Versorgung in den unterschiedlich geprägten Regionen, auf dem Land sowie in den Ballungsräumen, sicherzustellen.

Die Zeit zu beginnen ist jetzt

Eine finanzwirksame Umsetzung der geplanten Krankenhausreform ist jedoch erst mit langer Vorlaufzeit zu erwarten. Die Kliniken sind jetzt am Anschlag und benötigen bis zum Beginn der Reform finanzielle Hilfen. Auf die aktuelle Not der Krankenhäuser weisen auch der Marburger Bund sowie der Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte in einem offenen Brief an die Gesundheitsminister von Bund und Ländern hin. Gemeinsam fordern sie eine Wiederaufnahme der finanziellen Stabilisierungsmaßnahmen für Kliniken durch Bund, Länder und Krankenkassen. Gemäß dem bekannten Kirchenlied „Die Zeit zu beginnen ist jetzt“ ist nun ein schnelles Handeln der Bundesregierung gefragt. 

NICOLE GERTZEN

 www.dki.de/barometer/krankenhausbrometer

 Siehe auch Kommentar rechts.

Guter Ansatz, aber überlebenswichtiger Sauerstoff ist jetzt gefragt!

Derzeit werden die Vorschläge der Bundesregierung zu einer großen Krankenhausreform intensiv diskutiert. Ein gemeinsamer Gesetzentwurf unter Beteiligung der Länder ist bis zum Sommer zugesagt. Es steht außer Frage, dass ein Umstrukturierungsprozess – sogar im gesamten Gesundheitswesen – vonnöten ist, um dauerhaft eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe und flächendeckende Versorgung für alle Menschen – und das von den Metropolregionen bis zum ländlichen Raum – sicherzustellen. Doch bei all der Diskussion droht die aktuelle Not der Kliniken in den Hintergrund zu geraten.

Die Krankenhäuser befinden sich in einem permanenten Krisenmodus, der sich immer weiter hochschraubt, sprichwörtlich die Luft zum Atmen nimmt. Bei explodierenden Kosten, zunehmendem Personalmangel und dadurch auch reduzierten Fallzahlen steigt die Insolvenzgefahr für viele Kliniken. Neben der ohnehin gestiegenen Arbeitsbelastung durch die Behandlung von isolationspflichtigen Corona-Patienten haben Mitarbeitende in den Häusern noch zusätzlich mit einer Welle von schweren Atemwegsinfekten bei gleichzeitig hohem Krankenstand in der eigenen Belegschaft zu kämpfen. Und dennoch gehen Beschäftigte in Kliniken, Rettungsdiensten, Arztpraxen sowie Pflegeheimen und -diensten über ihr Limit hinaus und leisten einen außergewöhnlichen Kraftakt zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung. Für diesen unvergleichbaren Ein-

satz in dieser sehr anstrengenden Zeit kann man gar nicht oft genug Danke sagen und allergrößte Wertschätzung aussprechen!

Eine neue Krankenhausplanung und -finanzierung, sei es auf NRW-Ebene oder auch für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, werden mit Schließungen nicht wirtschaftlich zu führender Klinikstandorte einhergehen. Bei all dem Gerede um Konzentrationsprozesse der Qualitätsansprüche wegen darf trotzdem nicht vergessen werden, dass die Gewährleistung der flächendeckenden Versorgung und ausreichende Reservekapazitäten für die Krisenhaftigkeit der Krankenhauslandschaft, aber auch das Gesundheitssystem insgesamt eine zentrale Rolle spielen. Ausnahmesituationen, wie die Flutkatastrophe im vorletzten Jahr oder auch die Corona-Pandemie, haben das einmal mehr verdeutlicht. Um einen unkontrollierten und gefährlichen Strukturwandel zu vermeiden, brauchen die Krankenhäuser jetzt nicht nur politische Signale, sondern überlebenswichtigen Sauerstoff – der Patient „Krankenhaus“ liegt bereits auf der Intensivstation. Eine bloße Vitaminkur im Sommer kommt vielerorts zu spät. ⬅

ESTHER VAN BEBBER, DIÖZESAN-CARITASDIREKTORIN PADERBORN

✉ esther.vanbebbber@caritas-paderborn.de

UKRAINE-FLÜCHTLINGE

Private Gastgeber unterstützen

Viele Menschen, die vor dem russischen Aggressor aus der Ukraine nach Deutschland fliehen, sind weiter auf die Gastfreundschaft privater Haushalte angewiesen. Viele Türen wurden geöffnet, und Familien rücken zusammen. Das großartige Engagement kann aber jederzeit Belastungsgrenzen übersteigen.

Wir müssen als Gesellschaft alles dafür tun, damit nicht nur die geflüchteten Menschen, sondern auch diejenigen, die sie willkommen heißen, unterstützt werden und gut durch diese Zeit kommen“, erklärt Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Defaa. Eine aktuelle Abfrage unter Caritasverbänden zeige: Der Bedarf an Beratung und Begleitung ist sehr groß. Entsprechende Angebote sind ein wichtiger Baustein dafür, dass private Aufnahme längerfristig möglich ist.

An bundesweit 20 Standorten, zum Beispiel in Köln, Chemnitz oder Wuppertal, betreibt die Caritas eigens eingerichtete Anlauf- und Beratungsstellen für private Gastgeber und die Menschen, die sie aufgenommen haben. Angeboten werden etwa Mediationen bei Konfliktsituationen und die Weitervermittlung der Geflüchteten an zuständige Ämter und Dienste – damit die Gastgeber sich nicht auch noch um einen Kitaplatz, um Anträge auf Sozialleistungen oder psychologische Unterstützung küm-

mern müssen. Diese spendenfinanzierten Anlaufstellen der Caritas haben zum Teil lange Wartelisten.

„Gastfamilien sind oft Ansprechpartner für alle Fragen, beispielsweise bei der Beantragung von Sozialleistungen“, erklärt Irene Porsch, Flüchtlingsbeauftragte bei der Caritas im Erzbistum Köln. „Sie dürfen damit aber nicht alleingelassen werden. Nicht nur die Inflation und die Energiekrise wirken sich derzeit herausfordernd auf das Miteinander aus, die Gastfamilien selbst brauchen darüber hinaus fachliche Unterstützung. Nur so kann die private Aufnahme von Geflüchteten wirklich gelingen!“ Es wäre aus Sicht der Caritas darüber hinaus begrüßenswert, wenn das besondere Engagement der Gastgeber entsprechend honoriert würde. Einzelne Kommunen in NRW haben Zuschüsse in Aussicht gestellt – bisher leider ohne Konkretisierung. ⬅

Auf Kosten des Solidarsystems

Immer mehr Pflegekräfte wechseln zu Zeitarbeitsfirmen. Die bieten höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen als reguläre Arbeitgeber. Das können sie, weil die Einrichtungen wegen des Arbeitskräftemangels unter Druck stehen. Aber am Ende zahlen Altenheime und Krankenhäuser drauf – und damit die Versicherten.

➤ Immer mehr Pflegekräfte wechseln zu Leiharbeitsfirmen. Warum tun sie das?

Pia Stapel: Das liegt an den doch sehr attraktiven Rahmenbedingungen, die Leiharbeitsfirmen den Mitarbeitenden anbieten können. Die Arbeitskräfte bekommen dort Wunschdienste, sie können sich aussuchen, zum Beispiel keine Nachtschicht mehr zu machen oder keine Wochenenddienste zu leisten oder nur zu bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten. Manchmal bekommen sie vielleicht sogar einen Dienstwagen gestellt, es werden teilweise auch übertarifliche Gehälter oder Prämien gezahlt. Es gibt sogar Abwerbepremien.

➤ Sie haben als Diözesan-Caritasverband Münster eine kleine Abfrage gemacht bei Ihren Altenhilfe-Einrichtungen. Wann wird die Leiharbeit für die Einrichtungen zum Problem?

Über die Hälfte der Einrichtungen, die geantwortet haben, haben selbst im vergangenen Jahr auf Leiharbeit zurückgegriffen. Das ist ein relevanter Aspekt, der uns tagtäglich begegnet. Bei dem Arbeitskräftemangel, den wir haben, ist die einzige Alternative, Wohnbereiche zu schließen. In der ambulanten Pflege müssen wir Kunden abweisen, die unbedingt Unterstützung brauchen. Aber: Leiharbeit nimmt stark zu mit unerwünschten Folgen. Wir merken, dass uns die Mitarbeitenden abgeworben werden und dann fehlen.

Dienstgemeinschaft wird durch Leiharbeit auseinandergerissen

Es gibt skurrile Entwicklungen, dass Mitarbeitende, die aus der Einrichtung abgeworben wurden, über die Leiharbeit wieder in derselben Einrichtung arbeiten - dann aber zu ganz anderen Konditionen. Wenn man immer mehr Leiharbeit in die Einrichtung holt, verschärfen sich die Bedingungen für die eigene etablierte Mitarbeiterschaft, die die schwierigen Dienste machen muss und

die harten Anforderungen erfüllt. Die Leihararbeitnehmenden sind privilegiert, weil sie sich aussuchen können, wie sie arbeiten. Das reißt die Dienstgemeinschaft auseinander. Man hat Mitarbeitende erster und zweiter Klasse. Und es wird teurer - im Endeffekt auf Kosten des gesamten Solidarsystems.

➤ Was tun Sie, um das zu vermeiden?

Das stellt enorme Anforderungen an die Unternehmenskultur. Das Miteinander entscheidet, wie die Arbeit möglichst gut geleistet werden kann. Natürlich kann man sicher auch noch einiges optimieren, Planungen digitalisieren, Arbeitsabläufe überprüfen und optimieren, Störfaktoren beseitigen, Fortbildungen und Schulungen anbieten. Damit Mitarbeitende zufriedener sind, weil sie das Gefühl haben, dass sie ihre Arbeit besser machen können, und so weniger Leiharbeit gebraucht wird.

➤ Mehr zahlen?

Beim Geld sind wir mit der Caritasvergütung schon ziemlich weit oben. Aber das ist am Ende nicht das Entscheidende. Es geht mehr um die Rahmenbedingungen. Allerdings muss man auch sagen, irgendwo ist ein Punkt erreicht: Nachtschichten und Wochenenddienst sind halt einfach nötig, wenn man Menschen betreut. Es ist wichtig, das auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Da kippt gerade etwas.

➤ Schülerinnen und Schüler gehen zum Teil direkt nach der Ausbildung aus den Pflegeschulen in die Leiharbeit. Warum ist das besonders schmerzhaft?

Das sind teilweise ganze Klassen! Wir haben die Pflegeschulen aufgebaut, im Endeffekt drei Jahre lang in die Ausbildung investiert. Wir versuchen, Schülerinnen und Schüler mit Geld, Herz und Engagement zu binden. Wenn die plötzlich weg sind, ist das einfach bitter. Und ungerecht, denn die Leiharbeitsfirmen können sich freuen, weil



Pia Stapel ist Vorstandsvorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes für die Diözese Münster. Sie setzt sich für eine stärkere Regulierung der Leiharbeit in der Pflege ein.

Foto: privat

sie fertig ausgebildete Leute bekommen, aber selbst nichts dafür getan haben. Privatunternehmen schöpfen den Rahm ab.

➤ Was fordert die Caritas politisch? Was muss sich ändern? Was kann der Gesetzgeber tun?

Grundsätzlich sehen wir Leiharbeit als ein Instrument, das an manchen Stellen seine Daseinsberechtigung hat, um gewisse Spitzen abzufangen. Aber wir sind durch den Arbeitskräftemangel an dem Punkt, wo das auf Dauer nicht funktioniert. Es braucht eine Reglementierung der Leiharbeit. In irgendeiner Form müssen wir sie begrenzen. Da ist die Politik, ist der Gesetzgeber gefordert. Und: Leiharbeitsfirmen müssen sich am ganzen System beteiligen, sprich Ausbildungskosten übernehmen. Man muss bedenken: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die über die Leiharbeit in die Einrichtungen kommen, sind viel teurer als die normalen Mitarbeitenden. Das Geld kommt im Endeffekt aus den Pflegekassen. Da wird eine Privatwirtschaft durch staatliche Gelder subventioniert. Das ufert gerade aus. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Und damit grundsätzlich weniger Mitarbeitende zu Leiharbeitsfirmen wechseln, müssen sich auch die äußeren Rahmenbedingungen der Arbeit verändern. Die Pflege muss tatsächlich entbürokratisiert werden, der Prüfungswahnsinn muss ein Ende haben, und der Zugang zum Pflegearbeitsmarkt muss für ausländische Kräfte weiter erleichtert werden.

Neue Grundordnung in Kraft

Die neue Grundordnung des kirchlichen Dienstes ist in den meisten deutschen Bistümern bereits zum Jahresbeginn in Kraft getreten. Seit dem 1. Januar gilt die Grundordnung in den nordrhein-westfälischen Bistümern Aachen, Essen, Köln und Münster. Im Erzbistum Paderborn ist der bischöfliche Stuhl derzeit vakant, es wird daher von Diözesanadministrator Dr. Michael Bredeck geleitet. Der Interims-Chefs hat die neue Grundordnung zum Jahresbeginn vorläufig in Kraft gesetzt. Die dauerhafte Inkraftsetzung obliegt dann dem neuen Erzbischof.

Die Reform der Grundordnung wurde im November von den deutschen Bischöfen beschlossen. Da auf der Ebene der Bischofskonferenz keine Gesetzgebungskompetenz für Arbeitsrecht besteht, muss das beschlossene Muster von jedem Diözesanbischof einzeln für sein Bistum als Diözesangesetz in Kraft gesetzt werden. Mit der neuen Grundordnung erkennen die Bischöfe Vielfalt unter ihren Beschäftigten als Bereicherung an und schaffen Diskriminierungen aufgrund von Lebensform und sexueller

Identität ab. Künftig soll der „Kernbereich privater Lebensgestaltung, insbesondere Beziehungsleben und Intimsphäre,“ rechtlichen Bewertungen entzogen werden, heißt es in der Grundordnung. Für eine zweite Ehe oder eine gleichgeschlechtliche Beziehung droht auch für katholische Beschäftigte nicht mehr die Kündigung. ⬅



Neuer Caritasdirektor

Ralf Nolte (Foto) wird zum 1. Februar Diözesan-Caritasdirektor im Erzbistum Paderborn. Diözesanadministrator Dr. Michael Bredeck ernannte ihn auf Vorschlag des Diözesan-Caritasrates. Der 51-Jährige aus Brilon besetzt damit die zweite Vorstandsposition neben Diöze-

san-Caritasdirektorin Esther van Bebber, die ebenfalls zum 1. Februar als Vorstandsvorsitzende die Nachfolge von Josef Lüttig antritt, der dann in den Ruhestand verabschiedet wird. Der Religionspädagoge und systemische Organisationsberater Ralf Nolte ist seit 2012 als Referent für Personal- und Organisationsentwicklung in der Paderborner Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes tätig. „Ralf Nolte steht mit seiner Ausbildung und Berufslaufbahn für das pastorale Anliegen der Caritas“, sagte Domkapitular Dr. Thomas Witt, Vorsitzender des Diözesan-Caritasrates. ⬅

Dienstverhältnis beendet

Der Caritasrat für den Caritasverband im Bistum Essen hat das Dienstverhältnis mit den beiden Vorständen Michaela Rueß und Michael Beekes im Rahmen ihrer Probezeit beendet. Beide waren seit dem 1. Juli 2022 im Amt. Das Aufsichtsgremium des katholischen Spitzenverbandes beauftragte die bestehende Leitungskonferenz mit der übergangsweisen Führung des Verbandes, teilte der Verband auf seiner Website mit. ⬅

- **Könnte man Quoten vorschreiben, wie viel Leiharbeit erlaubt wird? Könnte man die Leiharbeitsfirmen zwingen, sich an der Ausbildung zu beteiligen?**

Mit irgendeiner Begrenzung von Zahlen zu arbeiten und die Firmen an den Kosten im Solidarsystem zu beteiligen, darum geht es jetzt. Und darum, solche Einzelphänomene zu verhindern, dass Mitarbeitende abgeworben werden und wirklich am Tag danach in der gleichen Einrichtung wieder eingesetzt werden. Das ist natürlich eigentlich das Beste, was passieren kann, denn die kennen schon alle Abläufe. Aber dann kostet der gleiche Mitarbeiter von einem auf den anderen Tag deutlich mehr im Monat und arbeitet nur noch dienstags-, mittwochs-, donnerstagsvormittags.

Also: Die Dienstgemeinschaft wird gefährdet, und das Solidarsystem nimmt Schaden. Das tut der Pflege nicht gut. ⬅

DIE FRAGEN STELLTE MARKUS LAHRMANN.

Bürgergeld-Rechner online

Der Diözesan-Caritasverband Köln hat einen Online-Rechner zum Bürgergeld freigeschaltet. Dort können Menschen ermitteln, ob sie Anspruch auf das ab Anfang Januar 2023 gewährte Bürgergeld (ehemals Hartz IV) geltend machen können. In Deutschland leben knapp fünf Millionen Menschen von Bürgergeld, in Nordrhein-Westfalen 1,5 Millionen.

„Viele Rechner, die das Internet bisher bereithält, sind kompliziert, verlangen die Eingabe von sensiblen Daten oder sind voller Werbung“, sagt Michaela Hofmann, Referentin für Armutsfragen im Diözesan-Caritasverband. „Wir haben ein seriöses Angebot geschaffen, das betroffenen Menschen eine verlässliche Orientierung gibt.“ Rund um den Online-Rechner finden sich auf der Website viele Fragen und Antworten zum Thema Bürgergeld. Zudem werden wohnortnahe Beratungsstellen der Caritas und ihrer Fachverbände aufgelistet. ⬅

➤ www.caritasnet.de/buergergeldrechner

Lässt sich Nächstenliebe anordnen?

Im Sommer 2022 hatte Bundespräsident Steinmeier eine Debatte über eine soziale Pflichtzeit ins Rollen gebracht. Darüber diskutierten jetzt auf Einladung des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn (DiCV) im Rahmen der Reihe „Digitaldialog Position“ Vertreterinnen und Vertreter aus Caritas, Politik und nicht zuletzt Freiwilligendienstleistende selbst.

Seit Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht und damit des Zivildienstes im Jahr 2011 gibt es zwar ein freiwilliges soziales Engagement für die Gesellschaft in Form von Bundesfreiwilligendienst (BFD) und Freiwilligem Sozialem Jahr (FSJ). Dennoch klagt der Sozialsektor über die fehlenden Hände, die durch den früheren Pflichtdienst vorhanden waren. „Freiwillig“ ist in dieser Diskussion für die Caritas ein Kernbegriff, aber was bedeutet dies aus unterschiedlichen Perspektiven?

Unter Moderation von Dr. Thomas Günther (DiCV) stand dabei auch die Forderung des Deutschen Caritasverbandes im Fokus, dass die bestehenden Freiwilligendienste nicht durch eine Pflichtlösung ersetzbar seien. Dies sieht auch Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig so: „Eine aktive Förderung der Freiwilligendienste durch die Politik ist existenziell.“ Man müsse pragmatische Lösungen wie die kostenfreie Nutzung des ÖPNV, einen Anspruch auf Wohngeld, aber auch mehr gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung schaffen, dabei jedoch unbedingt weiter auf die Freiwilligkeit im

sozialen Engagement setzen.

„Wir müssen uns fragen, was das eigentliche Ziel dieser Debatte ist“, betonte Diözesan-Caritasdirektorin Esther van Beber. Aus ihrer Sicht bieten beide Varianten Vor- und Nachteile: Ein verpflichtendes Modell könne die gesellschaftliche Anerkennung in der Breite stärken und einer diverseren Gruppe von jungen Menschen soziales Engagement und die damit verbundenen Berufsfelder zugänglich machen. Trotzdem müsse man „das mildeste und geeignetste Mittel finden, um mehr Menschen für soziales Engagement und einen Beitrag zur Gesellschaft zu bewegen“.

„Sünde an der jungen Generation“

Aus politischer Sicht standen sich die Positionen von Dagmar Hanses, MdL (Bündnis 90/Die Grünen), und Dr. Carsten Linnemann, MdB (CDU), gegenüber. Hanses befürchtet, dass mit einem Pflichtmodell eine „Sünde an der Zukunft der jungen Generation“ begangen werde. Diese habe schon durch die Corona-Pandemie genug zurückstecken müssen. Ein soziales Pflichtjahr, so die Politikerin, sei wohl schwer mit dem Recht auf freie Berufswahl zu vereinbaren und bedeute ein mögliches Belastungspotenzial für soziale Einrichtungen, die dann mit nicht geeigneten Menschen ohne Motivation ihren Alltag meistern müssten.

„Gesellschaftsjahr ist sinnstiftend“

Linnemann hingegen setzt klar auf ein Pflichtjahr, würde es in Gesellschaftsjahr umformulieren und deutlich im Angebot ausweiten: von Vereinen bis Katastrophenschutz und Stiftungswesen. Außerdem müsste die Möglichkeit zu berufsbegleitenden Lösungen über mehrere Jahre mitgedacht werden, sodass die aktive Wahrnehmung gesellschaftlicher Grundaufgaben seitens des Einzelnen nicht mehr als Pflicht, sondern als sinnstiftende Aufgabe wahrgenommen würde. Es sei wichtig, als Gesellschaft nicht nur Rechte, sondern eben auch

Pflichten wahrzunehmen.

Aus der Sicht caritativer Träger berichteten Andrea Asshauer (Josefsheim, Olsberg) und Patrick Wilk (Vorstand Caritasverband Paderborn) von ihren Erfahrungen. „Ein grundständiges Problem ist die fehlende Attraktivität in den Pflege- und Betreuungsberufen“, so Asshauer. Die Arbeitsbedingungen in den pflegerischen Berufen seien für junge Menschen unattraktiv und durch das eigene Erleben im Freiwilligendienst für viele eher abschreckend. Nur wenn die Möglichkeiten für soziales Engagement bunt, vielfältig und frei wählbar seien, seien sie auch attraktiv.

„Klebeeffekte“ zweitrangig

Die oft beschriebenen „Klebeeffekte“ junger Menschen, die durch ein FSJ oder den BFD im sozialen Bereich verblieben, beschreibt Patrick Wilk als lediglich „kollateralen Nutzen“. Wenn keine Bereitschaft in einer Gesellschaft für mehr Solidarität da sei, dann würden einige Leute weiter klarkommen, aber einige eben auch gar nicht mehr. Deswegen plädiere er für einen Pflichtdienst, der in seiner Ausgestaltung aber finanziell fair, gesellschaftlich akzeptiert und mit klarer Haltung zu generationenübergreifender Solidarität gestaltet werden müsse.

Gegen einen Pflichtdienst positionieren sich in der Diskussion durchweg die Freiwilligendienstleistenden selbst. „Solidarität bedeutet nicht, dass die Jugend für die Gesellschaft aufkommt, sondern die Gemeinschaft“, betonte Marie Jolie Gosling, zurzeit als Bundesfreiwillige im Krankenhaus tätig. Eine Pflicht wirke sich demotivierend auf die eigene Haltung aus. „Jeden zu seinem Glück zwingen“ ist auch für Jonas Niemczyk (FSJ) keine Option. „Soziales Engagement, das sind für mich schöne Erfahrungen mit einer guten qualitativen Begleitung.“ Beides sei mit Zwang und mangelnder personeller Ausstattung der Einrichtungen im Pflichtfall nicht möglich.

Nach Ansicht von Annette Lödige-Wennemaring (IN VIA Diözesanverband Paderborn) lässt sich gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht verordnen, „der muss wachsen“. Man müsse Möglichkeiten für gute Erfahrungen und mehr Anerkennung bieten. ↻

(CPD)

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: Achim Pohl

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH,

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

anzeigen@bonifatius.de

ISSN 1611-3527